

787 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über die Regierungsvorlage (723 der Beilagen): Bundesgesetz über die Vergütung der Unterrichtstätigkeit der Lehrbeauftragten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

Durch dieses Bundesgesetz soll eine gesetzliche Grundlage für die Vergütung der Unterrichtstätigkeit der Lehrbeauftragten an den Bundesanstalten für Leibeserziehung, land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Lehranstalten und Instituten, Akademien für Sozialarbeit, berufspädagogischen Akademien, Pädagogischen Akademien, Pädagogischen Instituten und berufspädagogischen Instituten geschaffen werden.

Der Gesetzentwurf sieht für die Abgeltung der Unterrichtstätigkeit der Lehrbeauftragten drei Kategorien von Unterrichtsveranstaltungen vor, für die unterschiedliche Vergütungsansätze vorgesehen sind.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 26. Juni 1981 der Vorberatung unterzogen. An der sich an die Ausführungen des Berichterstatters anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Ottilie Rochus, Dr. Schnell, Peter, Dipl.-Ing. Elisabeth Möst, Edith Dobesberger, Wolf, Bayr, und Pischl sowie der Ausschußobmann Dipl.-Ing. Dr. Leitner.

Der Ausschuß nahm folgende Druckfehlerberichtigung zur Kenntnis: im § 1 Abs. 3 Z. 2 hat es anstelle „lit. a“ richtig „Z. 1“ zu lauten.

Bei der Abstimmung wurde die gegenständliche Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (723 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1981 06 26

Gärtner
Berichterstatter

Dipl.-Ing. Dr. Leitner
Obmann